

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Sektion IV: Das städtische Bürgertum und der Staat - Kommentar

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1993) : Sektion IV: Das städtische Bürgertum und der Staat -
Kommentar, In: Lothar Gall (Ed.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur
modernen Gesellschaft, ISBN 3-486-64416-5, Oldenbourg, München, pp. 417-422

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112305>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Kommentar

von

Jürgen Kocka

Ich beginne, indem ich einige Merkmale der Vorlage – und darüber hinaus des gesamten Projekts – nenne, die ich als große Vorzüge sehe und sehr überzeugend finde.

1. Das Projekt stellt einen systematischen Vergleich dar, indem es nach Ähnlichkeiten und Unterschieden in der Entwicklung des Bürgertums in 14 deutschen Städten fragt. Es verspricht, wichtige neue Einsichten zu erbringen und, darüber hinaus, ein differenziertes, in sich vergleichbares Datenmaterial vorzulegen, das auch späteren Untersuchungen als Grundlage dienen kann. Es ist ein Beispiel für gute Nutzung eines einmalig zur Verfügung gestellten Forschungspotentials, ein in sich koordiniertes Großprojekt, von dem es in der Geschichtswissenschaft nicht viele gibt. Was den einzelnen Mitarbeitern an Einordnung in ein übergreifendes Konzept und Verzicht an Individualität abgefordert wird, dürfte durch den Erkenntniszugewinn des ganzen Projekts deutlich gerechtfertigt werden.
2. Das Projekt verbindet Sozialgeschichte und Politikgeschichte. Es widersetzt sich damit dem Trend der letzten Jahre, der häufig auf eine selbstgenügsame, lediglich kulturgeschichtlich erweiterte Sozialgeschichte hinausgelaufen ist. Dies ist zu begrüßen.
3. Das Projekt verspricht einen Beitrag zu leisten zur Revision eines lange Zeit allzusehr von preußischem Blickwinkel dominierten Geschichtsbildes, obwohl dies vor 20 Jahren noch dringender war als heute.
4. In diesem Zusammenhang steht, daß das Projekt eine vermutlich überzeugende Korrektur an der häufigen Überschätzung oder Verabsolutierung obrigkeitsstaatlicher Modernisierungsleistungen und obrigkeitsstaatlicher Einflüsse auf das Bürgertum überhaupt zu leisten verspricht. Im Vergleich zum bisherigen Forschungsstand könnte sich daraus eine gewisse Aufwertung des Wirtschaftsbürgertums auf Kosten des Bildungsbürgertums ergeben: als Korrektur in Nuancen oder doch als Auftakt zu einer Diskussion, die ansteht und interessant zu werden verspricht.
5. Insgesamt ist der Blick auf die Stadt und von der Stadt auf die Geschichte des Bürgertums eine wichtige, zu begrüßende Ergänzung, denn in der Tat stand diese Perspektive in der Bürgertumsgeschichte des letzten Jahrzehnts nicht gerade im Vordergrund. Hier ist vieles zu ergänzen, wenn auch meiner Meinung nach weniger zu revidieren, als es manche der Projektmitarbeiter zu meinen scheinen. Das notwendige Ernstneh-

men der Stadt als eines Lebensraums und eines politischen Gestaltungsraums fügt sich ein in Tendenzen und Wege der Forschung, wie sie in den letzten Jahren an mehreren Stellen vorgeschlagen und beschritten worden sind. Neben Galls Arbeiten zum Bürgertum ist u. a. an Langewiesches Liberalismus-Darstellungen zu erinnern, an Reuleckes Studien und auch an neuere Forschungen im Rahmen des Bielefelder Sonderforschungsbereichs zur Geschichte des neuzeitlichen Bürgertums (Nolte, Hettling, Schmuhl). Im Zug dieser Kommunalisierung der Forschungsperspektive ist es zu einer Aufwertung des Liberalismus gekommen, dessen Kraft bei alleinigem Blick auf die gesamtstaatliche Ebene leicht unterschätzt wird. Auch das Bürgertum insgesamt erscheint bürgerlicher, jedenfalls zeitweise, wenn man es in den Kommunen aufsucht. Die primär städtische Grundlage bürgerlicher Kultur dürfte überdies – trotz Harkorts und der bürgerlichen Diaspora in den Kleinstädten – unbestreitbar sein. Das Projekt zieht daraus die naheliegende forschungsstrategische Konsequenz.

Parallel zu den genannten Vorzügen sollen im folgenden einige Einwände und Vorschläge formuliert werden:

1. Meines Erachtens werden die Möglichkeiten des Vergleichs noch zu wenig ausgeschöpft. Durch die Konfrontation der Ergebnisse der Fallstudien lassen sich Ausgangspunkte für Kausalfragen und Möglichkeiten zu ihrer Beantwortung finden. So braucht man nicht dabei stehenbleiben, die beachtlichen Handlungsspielräume der bürgerlichen Selbstverwaltung in Köln und deren Entmündigung bzw. Verstaatlichung in Münster festzustellen. Man kann vielmehr zur Frage nach den Ursachen dieser Unterschiede fortschreiten und durch ihre Beantwortung Determinanten bürgerlicher Selbstverwaltung im langfristigen Wandel identifizieren. Auf jeden Fall sollte ein systematischer Vergleich die Ergebnisse der Einzelstudien zusammenfassen.
2. Die kulturgeschichtlichen Komponenten kommen in dem Projekt zu kurz. Unterbelichtet sind die Fragen nach Lebensweisen und Soziabilität, Mentalitäten und Kommunikation, Alltags-Symbolen und -Deutungen, aber auch nach Bildung und Religiosität der Bürger, Familienverhältnissen und -verhalten. Damit kommt aber zu kurz, was das moderne Bürgertum eigentlich konstituierte. Definitionsschwierigkeiten sind die Folge, das Ausweichen aufs städtische Bürgerrecht als Definitionskriterium ist ein schlechter Ersatz, der, wird er trotzdem gewählt, begründet und mit den in den letzten Jahren vorherrschenden, engeren Definitionen von Bürgertum in Beziehung gesetzt werden muß. Und der Bedeutung der Geschlechterdifferenz im Bürgertum wird in diesem Projekt bisher gar nicht nachgegangen, auf dem heutigen Frage- und Forschungsstand ein Anachronismus.

3. Im Untersuchungszeitraum war Preußen ein großer Teil Deutschlands. Manches im vorliegenden Zwischenbericht scheint gut auf den mittleren Westen, den Südwesten und Teile des Südens zu passen, kaum jedoch auf Preußen, Sachsen und Österreich, nicht auf Ostelbien. Als Beispiel diene die These, daß die Reformzeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts die bis dahin ungebrochene städtisch-genossenschaftlich-bürgerliche Tradition gebrochen und der direkten Staatsaufsicht gängelnd unterstellt hat. Aber für Preußen trifft diese These nicht. Dort haben die Reformen, vor allem die Steinsche Städteordnung, die absolutistische Tradition, die die Städte unterdrückte oder mediatisierte, erstmalig gelockert und die Möglichkeit zur bürgerlichen Selbstverwaltung allererst geschaffen. Der staatliche Einfluß auf die städtische Gewerbepolitik habe sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Vergleich zu früherer Zeit vergrößert. Für die im 18. Jahrhundert absolutistisch regierten Teile Deutschlands trifft das nicht zu. Mehr regionale Differenzierung ist notwendig, und sie dürfte zu einer scharfen Relativierung der aufgestellten Thesen führen.
4. Die Aufwertung der Stadt und die Abwertung des Staats als Modernisierungsmotoren gehen im vorliegenden Zwischenbericht zu weit.
- Mir scheint der Gegensatz zwischen beiden übermäßig zugespitzt. Sicherlich gab es Spannungen zwischen beiden Sphären, in Fragen der städtischen Autonomie oder der Finanzpolitik z. B., je später, desto mehr. Aber es gab große Bereiche des Konsenses, z. B. in bezug auf den Eisenbahnbau (wenn auch nicht in bezug auf die Linienführung im einzelnen), später auch in bezug auf die Revolutionsprophylaxe.
 - Dem entspricht, daß der Zwischenbericht das Verhältnis von bürgerlichen Beamten und städtischen Bürgern allzusehr als Gegensatz sieht. Da ist etwas dran, aber gleichzeitig bestanden zwischen beiden Sozialtypen vielfältige Symbiosen, vermittelt durch Bildung. Waren die Beamten nicht sehr häufig Söhne von städtischen Bürgern? Wohnten sie nicht in denselben Quartieren? Waren beide Gruppen nicht durch Heirats- und Kommunikationskreise eng verbunden?
 - Die staatlichen Modernisierungsleistungen und die städtischen Modernisierungshemmungen kommen zu kurz. Man denke an den Ausbau der Infrastruktur und des Bildungssystems, an die Medikalisation und auch an die Mediatisierung der höchst partikularistisch agierenden, rückwärts gewandten Zünfte, an die staatliche Durchbrechung städtischer Heirats- und Niederlassungsbeschränkungen, an die Durchsetzung der Gewerbefreiheit gegen städtische Widerstände. Häufig war die Politik der festgefügtten Bürgerstädte gerade im Südwesten engstirnig und status-quo-orientiert. Der vorliegende Zwischenbericht trägt dem zu wenig Rechnung.

- Häufig waren weder Staat noch Stadt die entscheidenden Modernisierungsagenten, sondern Unternehmer, d.h. ein Teil des Bürgertums, der Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts nicht notwendig zum städtischen Bürgertum gehörte. Bekanntlich sind bisweilen erste Industrialisierungsschritte nur gegen die handwerklich-traditional denkende städtische Politik und außerhalb der Städte möglich gewesen.
 - Vielleicht sollte man stärker zwischen verschiedenen Dimensionen von „Modernisierung“ unterscheiden, zu denen Staat und Stadt unterschiedlich beitrugen. Anstöße zur Liberalisierung des öffentlichen Lebens dürften zum guten Teil aus den Städten gekommen sein, dagegen taten sich die Städte weniger hervor, wenn es um die Ausweitung der Partizipation, etwa um Egalisierung des Wahlrechts ging. Staatliche Politik erwies sich dabei als weniger exklusiv als städtische. Die Kommerzialisierung und die damit verbundene Veränderung der Lebensweise scheinen vor allem städtische Bürger kräftig vorangetrieben zu haben. Aber gerade Städte mit starken bürgerlichen Traditionen und ausgeprägten Selbstverwaltungsrechten legten häufig der Industrialisierung Steine in den Weg. Machtinteressen verwiesen dagegen die größeren Staaten auf sozialökonomische Modernisierung. Innere und äußere Staatsbildung gingen Hand in Hand. Um die zwischenstaatliche Konkurrenz bestehen zu können, waren oft innere Reformen vonnöten. Nicht immer, aber häufig hingen staatliche Macht und innere Modernisierung aufs engste zusammen.
 - Kann man regionale Typen des Verhältnisses von Stadt und Staat in puncto Modernisierung unterscheiden und im regionalen Vergleich eine Typologie entwickeln? In freier Anwendung der Gerschenkron-These steht zu vermuten, daß der Grad der Ausprägung absolutistischer Traditionen und das Ausmaß sozialökonomischer Rückständigkeit wichtige Unterscheidungskriterien darstellen, nach denen in einer solchen Typologie die Regionen zu unterscheiden sind.
5. Im Zwischenbericht gerät die liberale Bürgerlichkeit der vormärzlichen Bürger zu schön, zu harmonisch. Die städtische Realität war stärker von der Idee der klassenlosen Bürgergesellschaft entfernt, als es der Zwischenbericht unterstellt.
- Die nicht-bürgerliche Welt sollte stärker in Erscheinung treten und nicht durch statistische Tricks minimiert werden. Soll man wirklich Landwirte als Bürger rechnen? Darf man wirklich die allermeisten städtischen Gewerbetreibenden als Bürger zählen? In den meisten Städten zählten mehr als 50 Prozent zu den anschwellenden unter-bürgerlichen Schichten. Dies war die Zeit des Pauperismus! Die Kriterien der Zurechnung zum Bürgertum sollten überprüft und mindestens explizit verglichen werden mit den Kriterien, die in der vorliegenden Literatur

dazu führen, den unter-bürgerlichen Anteil der städtischen Einwohner ganz erheblich ernster zu nehmen, als es im vorliegenden Zwischenbericht geschehen ist. Dann gerät auch bereits für den Vormärz die bürgerliche Abgrenzung gegenüber „unten“ stärker in den Blick, auch wenn sie noch nicht so ausgeprägt war wie seit der Revolution. Es sollte überdies stärker in Rechnung gestellt werden, daß neben der riesigen Unterschicht auch Juden und Frauen nicht im Vollsinn der Rechte und Pflichten zum Bürgertum gehörten.

- Der Zwischenbericht zählt zum Bürgertum diejenigen mit städtischen Bürgerrechten. Er behandelt das Bürgertum weitgehend als Einheit. Die Differenzierungs-, Spannungs- und Konfliktlinien innerhalb des Bürgertums, wenn es denn so ungewöhnlich weit definiert wird, sollten schärfer hervortreten: die Unterschiede zwischen Bildungs- und Wirtschaftsbürgern, die Spannung zwischen Fabrikanten und Handwerkern, die Konflikte zwischen Befürwortern und Gegnern der Gewerbefreiheit.
- Der Vormärz erscheint als zu schön. Wird die Praxis der Zensur und der Gängelung überhaupt erwähnt? Müßte das Drückende an der Zeit nicht deutlicher hervortreten, wo bleibt Heines Deutschland? Dies war eine vorrevolutionäre Zeit, manche Spannung bestand und wurde bloß noch nicht manifest.
- Aus dieser Sichtweise kommt dann der Umbruch von 1848/49 viel zu unvermittelt und abrupt: vorher die Geschichte des fortschrittlichen Vormärz, hinterher die Geschichte der Ausdifferenzierung und des Verfalls des Bürgertums, des allmählichen Verlusts seiner Bürgerlichkeit. Ich würde auf beiden Seiten kräftig Wasser in den Wein schütten. So wie die Realität der Zeit vor 1848 sich vom Ideal der klassenlosen Bürgergesellschaft viel weiter entfernte, als der Zwischenbericht erkennen läßt, so war die Geschichte des Bürgertums nach 1848 keineswegs nur die Geschichte seines Niedergangs. Seine große Zeit stand vielmehr noch bevor. Nicht zuletzt bewies es seine großen Problemlösungsressourcen auf der Ebene der Kommune.
- Mit welchen methodischen Mitteln findet man heraus, wie ernst die Bürger des Vormärz die Utopie einer klassenlosen Bürgergesellschaft wirklich nahmen? Ich frage dies, obwohl oder auch weil ich Lothar Galls Geschichte der Bassermanns („Bürgertum in Deutschland“) sehr genau gelesen habe: Wurde jene Utopie primär als Entwurf einiger weniger Theoretiker vorgestellt? Diente sie als Ideologie zum Zweck der Legitimation einer schmalen Schicht? Oder war sie wirklich eine geglaubte Perspektive mit motivierender Kraft im Alltag der Stadt? Ich tendiere zur Skepsis und schlage vor, den inneren Widerspruch der bürgerlichen Kultur zu betonen, der auch und gerade im Vormärz bestand: die Spannung zwischen dem Universalisierungsanspruch des bürgerli-

chen Modells und seiner realen Exklusivität, eine Spannung, die allerdings die Dynamik der bürgerlichen Kultur mitbegründete und dazu beitrug, die Wirklichkeit allmählich dem Anspruch anzunähern. Dieser Prozeß ist bis heute nicht zu Ende gekommen, das bürgerliche Modell bleibt Utopie.